



Die Parteien im politischen System Russlands – Bestandsaufnahme und Entwicklungsszenarien –

**Zentrum für Politische Technologien, Moskau
Friedrich Ebert Stiftung, Moskau**

**Deutsche Kurzfassung in einer Bearbeitung von Dr. Matthes Buhbe
und Maja Denisow
Moskau, Juli 2005**

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
1. Parteien im Kontext der russischen Politik	5
1.1 Allgemeiner Überblick: Entwicklung der Parteiensysteme in den post-kommunistischen Staaten	5
1.2 Besonderheiten der Entstehung des russischen Parteiensystems	5
1.3 Einfluss des Wahlsystems auf die Parteienbildung	7
1.4 Funktionen der Parteien im russischen Parteiensystem	8
1.5 Staatliche Politik bei der Bildung von Parteien	10
1.6 Gesellschaft und Parteien	12
2. Kurzprofile der wichtigsten politischen Parteien Russlands	14
2.1 „Einiges Russland“ (<i>Jedinaja Rossija</i>)	15
2.2 Liberal-Demokratische Partei Russlands (<i>Liberal'no-demokratičeskaja partija Rossii</i>)	15
2.3 Union der rechten Kräfte (<i>Sojuz prawych sil</i>)	16
2.4 Russische Demokratische Partei „Jabloko“ (<i>Rossijskaja demokratičeskaja partija „Jabloko“</i>)	17
2.5 Volkspartei der Russischen Föderation (<i>Narodnaja partija Rossijskoj Federacii</i>)	18
2.6 „Patrioten Russlands“ (<i>Patrioty Rossii</i>)	18
2.7 „Heimat“ (<i>Rodina</i>)	19
2.8 Russische Partei der Rentner (<i>Rossijskaja partija pensionerow</i>)	19
2.9 Agrarpartei Russlands (<i>Agrarnaja partija Rossii</i>)	20
2.10 Kommunistische Partei der Russischen Föderation (<i>Kommunističeskaja partija Rossijskoj Federacii</i>)	21
3. Entwicklungsperspektiven des russischen Parteiensystems	22
3.1 Entwicklungsmodelle	22
3.2 Kurzfristige Perspektiven der Entwicklung der wichtigsten russischen Parteien	23
3.3 Langfristige Perspektiven des russischen Parteiensystems	26

Vorwort

Warum stellt die Vertretung der Friedrich-Ebert-Stiftung in der Russischen Föderation diese Studie der Öffentlichkeit vor? Wir möchten damit dreierlei erreichen: Den Blick auf die schwierige Entstehungsgeschichte von frei organisierten, durch eine große und breit gestreute Mitgliedschaft gestützten Parteien zu lenken; dabei den Blickwinkel kennen zu lernen, den russische Fachleute dazu einnehmen und schließlich ein Zukunftsbild anhand von Szenarien zu entwerfen, wie sich die Parteienlandschaft im Kontext eines jeweils spezifischen politischen Systemwandels entwickeln wird. Die drei Kernfragen der Studie lauten entsprechend: (1) Was sind die Hauptursachen für die gegenwärtige Krise des Parteiensystems? (2) Welchen Verlauf und möglichen Ausweg aus der Krise kann man sich vorstellen? (3) Welche Entwicklungsperspektiven sind für das Parteiensystem am wahrscheinlichsten?

Russlands Abkehr vom Einparteienstaat ist noch jung. Im Geiste des ersten deutschen Reichspräsidenten, der aus freien, allgemeinen und direkten Wahlen hervorgegangen ist, fördert die Friedrich-Ebert-Stiftung diejenigen Kräfte in Russland, die an der Stärkung und Weiterentwicklung der jungen russischen Demokratie mitwirken möchten. Unabhängig von der konkreten Ausgestaltung des politischen Systems ist es offenkundig: In der Russischen Föderation gibt es noch keine ausreichend stabile Trägerschaft für eine pluralistische politische Streitkultur. Die politischen Institutionen und Akteure ebenso wie die Medien wirken schillernd aufgrund ständigen Wandels. Die Hoffnungen auf mehr Stabilität und mehr Demokratie nach den „wilden Jahren“ der Jelzinära haben sich nach Meinung kritischer Beobachter nicht erfüllt. Hoffnungsträger Wladimir Putin hat sich spätestens in seiner zweiten Amtszeit zu einer Reduzierung des oppositionellen Potenzials aus den Mitgliedsgebieten der Russischen Föderation und den beiden Häusern des Parlaments, aus den Medien und aus der Wirtschafts- und Arbeitswelt entschieden. Dieses Minus an Partizipationsmöglichkeiten kann kaum in ein Plus für die Demokratie uminterpretiert werden; auch eine höhere politische Stabilität ist damit keineswegs garantiert. Wer kommt nach Putin? Wo sind die Parteien, die alternatives Führungspersonal und von Wählern mitgetragene politische Konzepte anbieten?

Die Studie analysiert das russische Parteiensystem im Kontext der politischen Zeitgeschichte und geht dabei auf die Einflussnahme durch den Kreml ein. In einem (in der deutschen Fassung gekürzten) separaten Teil werden die gegenwärtig wichtigsten politischen Parteien vorgestellt. Daraus fügt sich ein Bild zusammen, wonach die Parteien und das Parlament schwach und durch die umso stärkere Präsidialverwaltung steuerbar erscheinen. Parteien, die kaum von ihren eigenen Aktivisten, sondern in erheblichem Maße von außen gelenkt werden, sind in der Mehrzahl. Entsprechend ist ihr Außenbild profillos und ihr Innenleben – wenn es das überhaupt gibt – vor der Öffentlichkeit verborgen. Die Studie wirft die Frage auf, ob die jüngsten Änderungen des Wahl- und Parteienrechts daran etwas ändern werden. Die Antwort der Autoren ist skeptisch; jedoch werden erst die nächsten landesweiten Parlamentswahlen 2007 dafür den Test liefern.

Im Schlusskapitel stellen die Autoren alternative Szenarien für die Entwicklung des russischen Parteiensystems anhand von Vergleichsmodellen aus der jüngeren Geschichte anderer Länder vor. Je nach dem Kurs des Kreml und je nach der Entwicklung von Schlüsselfaktoren wie der Wirtschaft, innen- und außenpolitischen Ereignissen und besonders der Lage in den verschiedenen Parteien wird ein anderes

Szenario wahrscheinlich. Die Zukunft des Mehrparteiensystems in Russland wollen die Autoren nicht direkt vorhersagen. Aber wir hoffen, dass ihre Szenarien den Lesern genügend Denkanstöße liefern. Dank an die Leitung des Moskauer Zentrums für politische Technologien sowie die Hauptautoren Boris Makarenko und Aleksej Makarkin. Ganz besonderer Dank aber an Maja Denisow, die nicht nur die Übersetzung besorgt hat, sondern auch diese Kurzfassung formulierte.

Die russische Langfassung der Studie (79 Seiten) ist über das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in der Russischen Föderation (fesmos@dol.ru) oder direkt über das Zentrum für politische Technologien erhältlich.

*Dr. Matthes Buhbe
Friedrich-Ebert-Stiftung
Leiter der Vertretung in der Russischen Föderation
Moskau, im Juli 2005*

1. Parteien im Kontext der russischen Politik

1.1 Allgemeiner Überblick: Entwicklung der Parteiensysteme in den postkommunistischen Staaten

Das Niveau der Entwicklung des Parteiensystems in den postkommunistischen Staaten ist eng mit der Wahl der Staatsform nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Regimes verbunden. Die Schwäche der politischen Parteien in Russland, wie im Übrigen auch der politischen Parteien in den anderen Staaten der GUS, ist daher kein historischer Zufall, sondern eine spezifische Ausprägung der Gesetzmäßigkeiten politischer Entwicklung eines Landes in der postkommunistischen Periode. Die Wahl der neuen Staatsform korreliert stark mit dem Grad der Verwobenheit des jeweiligen Landes mit der „russisch-sowjetischen“ Vergangenheit. Von den 27 Ländern, die auf dem Territorium des kommunistischen Blocks liegen, haben 16 Staaten, die bis 1940 nicht der UdSSR angehörten, eine parlamentarische oder eine präsidentiell-parlamentarische Staatsform gewählt. Demgegenüber gaben alle 11 Staaten der GUS, die der UdSSR in den Grenzen von 1940 angehörten, der präsidentiellen Republik den Vorzug. 15 Jahre nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Regimes konnte in den Staaten mit einem parlamentarischen oder präsidentiell-parlamentarischen Regierungssystem ein verhältnismäßig stabiles und entwickeltes Parteiensystem entstehen, während in den präsidentiellen Republiken die Parteiensysteme überaus schwach ausgebildet sind.

Die Erklärung der Abhängigkeit zwischen der Staatsform und dem Niveau des Parteiensystems ist vielschichtig. Den wichtigsten Faktor stellt die so genannte „europäische Wahl“ dar. In den Ländern Mitteleuropas wurde die postkommunistische Modernisierung von der Mehrheit der Bevölkerung als eine Annäherung an das „große Europa“ empfunden. In der Gesellschaft existierte daher ein breiter Konsens bezüglich der politischen und wirtschaftlichen Reformen. Der politische Kampf reduzierte sich auf eine Konkurrenz konkreter Parteiprogramme, die dem Ziel des „Eintritts in Europa“ verpflichtet waren.

Im Unterschied zu Mitteleuropa bedeutete der „europäische Faktor“ für die Staaten der GUS ein abstraktes Ziel und bot keine konkreten politischen Programme. Im asiatischen Teil der GUS gaben die kulturell-historischen Traditionen die Wahl eines Regimes auf der Basis einer starken Machtperson mit autoritären Elementen vor. In Transkaukasien wurde die Bildung neuer politischer Regime durch ethnisch begründete Bürgerkriege und Staatsstriche erschwert. Und in den drei slawischen Staaten (Belarus, Ukraine und Russland) gab es keinen gesellschaftlichen Konsens, sondern vielmehr eine große Polarisierung zu Fragen der Reformen in der Gesellschaft.

1.2 Besonderheiten der Entstehung des russischen Parteiensystem

Der revolutionäre Charakter der Umwälzungen, die in Russland in der ersten Hälfte der 90er Jahre des vergangenen Jahrhunderts stattfanden, bestimmte auch den plebiszitären Charakter der noch jungen russischen Demokratie. Aufgrund der noch nicht formierten Institutionen des Pluralismus wurden innenpolitisch relevante Hauptfragen in einer offenkundig polarisierten Abstimmung entschieden: zwischen 1991 und 1993 wurden in Russland drei Referenden durchgeführt (Einführung des Präsidentenamtes, Bestätigung des Reformkurses von Boris Jelzin und die Annahme

der Verfassung). Bei all diesen Abstimmungen war immer die Rede von schicksalhaften Entscheidungen und der Bestimmung der weiteren Entwicklung des Landes. Die Mehrheit der Bevölkerung (ca. 50-60%) stimmte für die Reformen (genauer gesagt, sie war gegen eine Restaurierung der alten politischen Ordnung). Die politischen Parteien konnten bei all diesen Wahlen lediglich eine Helferrolle übernehmen: sie traten in Form von „kollektiven“ Agitatoren“ und „Unterstützungsgruppen“ auf, selber fungierten sie aber nicht als Wahlsubjekte. Folglich konnten die „Früchte“ des Sieges bei den Wahlen direkt vom Leiter der Exekutive geerntet werden: Präsident Jelzin.

Was den Parteien letztendlich bleibt, ist der Kampf um Plätze im Parlament. Dementsprechend reduziert sich die Motivation der Wähler bei den Parlamentswahlen darauf, über die Position der Parteien im Verhältnis zum politischen Kurs der Exekutive abzustimmen: Entweder als Protest, wenn die Regierung nicht populär ist, oder als Ausdruck der Loyalität, wenn die Zustimmung für die Politik der Regierung besonders groß ist. Das heißt, mit den Stimmen für eine Partei versucht die Gesellschaft entweder ein Gegengewicht zur Exekutive zu schaffen, oder sie gibt ihr umgekehrt die endgültige Unterstützung im Parlament.

Wie man Tabelle 1 entnehmen kann, ist die Zustimmung für die höchste Ebene der Exekutive, dem Präsidenten, immer wesentlich höher als die Zustimmung zu den regierungsnahen Parteien.

Tabelle 1: Wechselbeziehungen zwischen „Zustimmung zur Macht“ bei Parlaments- und bei Präsidentschaftswahlen

Jahr	Stimmen für die pro-präsidentiellen Parteien in %	Stimmen für den Präsidenten
Dezember 1993	21% („Wahl Russland“ + PRES)	57% („ja“ zur Verfassung)
Dezember 1995, Juni 1996	11% (NDR + PRES)	35% / 54% (1. und 2. Wahldurchgang Boris Jelzin)
Dezember 1999, März 2000	38% („Einheit“ + OWR + NDR)	52% (Wladimir Putin)
Dezember 2003, März 2004	38% („Einiges Russland“)	72% (Wladimir Putin)

Der Präsident verfügt in Russland über eine breite Wählerbasis der Unterstützung, die weit über den Rahmen der einen oder anderen Partei, die sich pro-präsidentiell nennt, hinausgeht. Daher besteht für den Präsidenten nicht die Notwendigkeit, sich zu sehr an eine konkrete politische Partei zu binden und sich in Abhängigkeit von ihr zu begeben, sei es in Personalfragen oder bei der Ausarbeitung von politischen Prioritäten.

Eine ähnliche Konfiguration der Politik ergibt sich bei einer dominanten Exekutive, die nicht direkt mit den politischen Parteien verbunden ist, sondern die im Gegenteil versucht, die Parteien als einen (und durchaus nicht den wichtigsten) Konstruktionspfeiler des Regimes zu nutzen.

Diese Konfiguration wird in erster Linie durch Parteien und Parteispitzen gefördert, die sich bewusst in Richtung Exekutive orientieren. In Russland und auch in anderen GUS-Staaten hat sich hierfür der Terminus „Parteien der Macht“ eingebürgert. Solche Parteien bezeichnen sich selber aber nicht als „regierende“ Partei, sondern sie bevorzugen vielmehr solche Begriffe wie „Partei der Mehrheit“ oder „dominante Partei“.

Was den Begriff „dominante Partei“ betrifft, so ist es offensichtlich, dass er aus dem geläufigen politischen Lexikon derjenigen Demokratien stammt, in denen eine Partei im Laufe einer langen Zeit (mehrere Jahrzehnte) die unbestreitbare Mehrheit besaß und die Exekutive gestaltete (Indischer National-Kongress, Institutionell-revolutionäre Partei

Mexikos, Liberal-demokratische Partei Japans usw.). Schon aus dieser Definition heraus folgt jedoch, dass die Gemeinsamkeiten mit den russischen „Parteien der Macht“ rein äußerlich sind. Die „dominanten Parteien“ stellen sich als breite Elitekoalitionen dar, welche auf Grundlage einer vollwertigen inneren Demokratie ihre Führer vorschlagen und den politischen Kurs der Exekutive formieren. D.h., der politische Führer ist in diesem System abhängig von seiner Partei.

Die russische „Partei der Macht“ erfüllt diese Funktionen jedoch nicht: sie ist abhängig von der plebiszitär gewählten Exekutive und dient ihr durch die Funktion einer Partei im parlamentarischen und öffentlichen Raum. D.h., praktisch sind die Zentren für die Annahme von Entscheidungen in dieser Partei nach außen verlagert.

Im Vergleich dazu zeigt sich bei den oppositionellen Kräften ein etwas anderes Bild. Den Parteien fällt hier eine zunehmend wichtigere institutionelle Rolle für die Aggregation der oppositionellen Interessen und Stimmungen sowie die Ausarbeitung von alternativen politischen Programmen zu. Die oppositionellen Parteiführer sind in einem weitaus stärkeren Maß mit der Wählerschaft ihrer Parteien verbunden. Dabei unterscheidet sich die innere Führungsstruktur der Oppositionsparteien gravierend. Die Mehrheit der Parteien verfügt über eine mehr oder weniger stark ausgeprägte innere Demokratie, allerdings mit deutlichen Tendenzen hin zu einem autoritären Führungsstil.

1.3 Einfluss des Wahlsystems auf die Parteienbildung

Bis zum Jahr 2005 stellte das russische Wahlsystem eine Kombination zwischen Mehrheits- und Verhältniswahl dar. Dieses gemischte Verhältniswahlsystem wurde 1993 in Russland eingeführt, um die Bildung von Parteien zu fördern. Dieses Mischsystem, in dem die Hälfte der Dumaabgeordneten (225) durch Verhältniswahl nach Parteilisten und die andere Hälfte in Einzelwahlkreisen mit einfacher Mehrheit bestimmt werden, unterstützte tatsächlich die Bildung von politischen Parteien in Russland (meist im Vorfeld von Parlamentswahlen).

Allerdings wirkte in den 1990er Jahren in Russland ein typischer Charakterzug des gemischten Wahlsystems, und zwar die fast völlige Autonomie der Parlamentsfraktionen gegenüber den Wählern (weil die Abgeordneten aus der Wahlliste gegenüber den Wählern keine persönliche Verantwortung tragen) sowie die Leitung der Fraktion gegenüber der Fraktion. Aufgrund dieser Autonomie wurde es in der Duma möglich, dass sich die Abgeordneten untereinander absprachen und die Fraktionsführer geheime Vereinbarungen mit der Exekutive trafen. Diese Absprachen dienten vorrangig dazu, einer allgemein destabilisierenden Situation im Land vorzubeugen. Vieler solcher Absprachen wurden vor allem bei Gesetzesentwürfen zu Budgetfragen getroffen: die linke Mehrheit im Parlament erlaubte es stillschweigend einem Teil ihrer Abgeordneten (vor allem den Direktmandatsträgern), dem Haushaltsentwurf der Regierung zuzustimmen, um im Gegenzug die Annahme vorteilhafter Ergänzungen für sich zu erhalten. Im Prinzip wurde ein solcher Stil der Politik zu einem wichtigen „Dämpfer“, der die politischen Spannungen im Land im Rahmen hielt und, wenn auch unter Verlust von Zeit und Qualität, ein gesetzgeberisches Vakuum ausfüllte, in dem sich die russische Wirtschaft und Politik in der frühen Phase der Demokratisierung befand.

Neben Vorteilen brachte das proportionale System aber auch Nachteile mit sich: Die Wahlkampagnen der Parteiliste trugen faktisch einen föderalen Charakter. Eine bedeutende Rolle spielten dabei die Massenmedien, die auf die Wähler einen großen

Einfluss ausüben. Einen weiteren wichtigen Faktor stellten die regionalen Parteistrukturen dar. In all den Jahren ist es praktisch nur der KPRF und der Agrarpartei Russlands gelungen, ihre Wahlkampagnen durch eine aktive Parteiarbeit von „Tür zu Tür“ zu begleiten und die Wähler direkt und persönlich anzusprechen. Für all die anderen Parteien bestand diese Möglichkeit nur in geringem Maß, da sie nicht über weit verzweigte, regionale Netze verfügen.

1.4 Funktionen der Parteien im russischen Parteiensystem

Eine Besonderheit des politischen Systems Russlands liegt darin, dass die präsidentielle Exekutive mit dem Volk über die Parteien hinweg kommuniziert. Die Opposition ist gezwungen, ihren Kampf vor allem von der parlamentarischen Tribüne auszuführen. Die Verfassung fördert diese Kommunikationsform. Die in der Verfassung von 1993 fundierte Verteilung der Vollmachten zwischen den Machtflügeln und – Institutionen war ein Kompromiss zwischen zwei gänzlich verschiedenen Konzeptionen. Auf der einen Seite wollten die „Väter der Verfassung“ die allgemeingültigen Prinzipien der demokratischen Gewaltenteilung wahren. Auf der anderen Seite bemühten sie sich, eine erneute „Doppelherrschaft“ auszuschließen.¹ So räumt die Verfassung dem Präsidenten umfangreiche Kompetenzen ein. Er bestimmt die Richtlinien der Politik, vertritt Russland nach innen und außen und ist Oberbefehlshaber der Streitkräfte. Das russische Parlament hat demgegenüber kaum Einflussmöglichkeiten auf die Exekutive.

Der Einfluss der Staatsduma bei der Besetzung von Kabinettsposten und anderen Spitzenpositionen innerhalb der Exekutive ist sehr begrenzt. Der Präsident empfiehlt der Duma einen Ministerpräsidenten, die diesen bestätigen muss. Im Unterschied zu ähnlichen Prozeduren in anderen präsidentiell-parlamentarischen Systemen erfolgen der Vorschlag und die Bestätigung des Ministerpräsidenten nicht nach Parlamentsneuwahlen, sondern nach den Präsidentschaftswahlen. Auch die Zusammensetzung der Regierung obliegt dem Präsidenten. Während sich in der Zweiten Duma (1995-1999) die Regierung nicht nur aus Vertretern der „Partei der Macht“, sondern auch aus gemäßigten Oppositionellen zusammen setzte, wurden diese bei der Regierungsbildung in der Dritten (1999-2003) und Vierten (2003-2007) Duma nicht mehr berücksichtigt. Kaum ein Kabinettsmitglied stammte nun aus irgendeiner der politischen Parteien. Damit hat die Duma letztlich aufgehört, als eine Karriereleiter in die Exekutive zu fungieren. Anders ausgedrückt, eine der ursprünglich wichtigsten Funktionen der Parteien, die Ausbildung einer politischen Elite, erfolgt in Russland in einem nur sehr begrenzten Maß durch die Parteien. Ein Parteipolitiker kann in der Regel nur bis auf die Ebene der Legislative aufsteigen (sowohl auf föderaler als auch auf regionaler Ebene). Dabei soll aber daran erinnert werden, dass die Legislative auch nur über begrenzte Vollmachten verfügt. Ein Aufstieg selbst auf dieser „Karriereleiter“ fordert vom Parteipolitiker in erster Linie Loyalität gegenüber der Parteispitze. Andere Eigenschaften, wie Professionalismus oder die Eigenschaft, gut auf den Wähler zugehen zu können, spielen in Russland nur eine untergeordnete Rolle.

Auch die Kontrollmechanismen des Parlaments gegenüber der Exekutive sind sehr begrenzt. Sie beschränken sich praktisch auf die Abstimmung über einen „freundschaftlichen“ Rechenschaftsbericht der Regierung, über die Einhaltung des

¹ Bis zum Niederschießen des Widerstands der Staatsduma durch Truppeneinsatz im Juli 1993 blockierte die von den Kommunisten majorisierte Duma alle Entscheidungen des Präsidenten, der wiederum auf Basis von Erlassen die Dumamehrheit konterkarierte.

Haushalts und über die Tätigkeiten des Rechnungshofs. Die Möglichkeit, eine parlamentarische Untersuchungskommission einzusetzen, hat die Duma nicht.

Eine potenziell wichtige Funktion übernimmt die Staatsduma bei der Gesetzgebungsinitiative und im Gesetzgebungsverfahren. Bei der Ausarbeitung und der Annahme von Gesetzen kann sie einen großen Einfluss auf die Politik des Landes ausüben. Vor allem dank der Arbeit der Fraktionen während der Ersten und Zweiten Duma konnte ein „Gesetzesvakuum“ im neuen russischen Staat gefüllt werden. Allerdings übernahm in der Dritten und Vierten Duma mehr und mehr die Exekutive die Gesetzesinitiative. Den Parteien obliegt letztendlich nur noch die Funktion, die Gesetze anzunehmen. Dies gestaltet sich sehr einfach, da die pro-präsidentielle Partei „Einiges Russland“ in der Duma über eine satte Zweidrittelmehrheit verfügt. Daher haben die Expertise der Duma-Abgeordneten bei Gesetzesentwürfen und die Berücksichtigung der Interessen der Opposition nur noch eine begrenzte Bedeutung. Die Abgeordneten – vor allem im ersten Jahr der Vierten Duma – ringen kaum mehr um konzeptionelle Grundsätze der Gesetzesentwürfe.

Die einzige typische Funktion, die die russischen Parteien im vollen Maße erfüllen, stellt die Artikulation der gesellschaftlichen Interessen dar – ungeachtet dessen, dass diese Interessen in der russischen Gesellschaft nur schwach strukturiert sind.

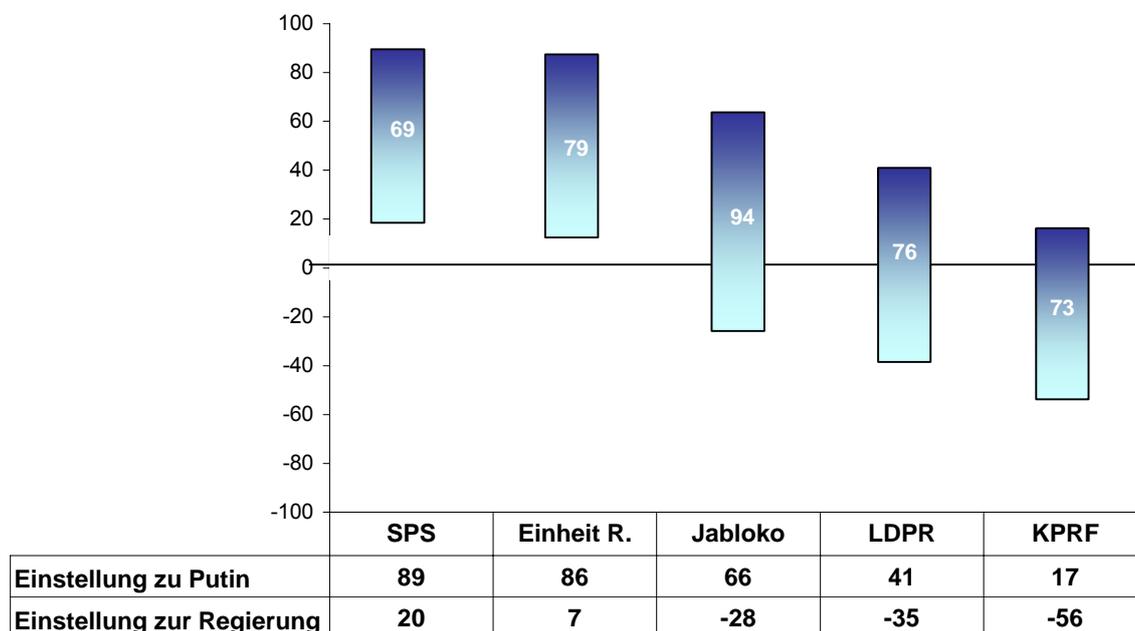
Traditionell hat sich in der Wählerschaft eine „demokratische“ (genauer gesagt eine liberale) und eine „kommunistische“ (besser sowjetisch-nostalgische) „Familie“ herausgebildet. Nach Meinung der Soziologen bilden sie 15-20% der Gesamtstimmen aller möglichen Wähler. Wenn man von der gesamten Wählerschaft ca. 20-25% abzieht, die nicht regelmäßig an Wahlen teilnehmen, zeigt sich, dass die Hälfte Wechselwähler sind und keine feste politische Meinung haben. Dabei distanzierte sich schon immer ein Teil von der „Partei der Macht“. Andere trafen erst in der letzten Sekunde ihre Wahlentscheidung. In Abhängigkeit von diesen momentanen Faktoren kam bei der Abstimmung entweder der Konformismus der Wählerschaft oder eine Protest-Stimmung zum Zuge. Auf dieser Grundlage konnten in der Ersten und Zweiten Duma die oppositionellen Kräfte die meisten Stimmen auf sich vereinen, in der Dritten und Vierten Duma – die „Partei der Macht“.

Ein zweites „Koordinatensystem“ für die russische Wählerschaft – ihr allgemeines Verhältnis zur Macht – ist der unterschiedliche Grad von Loyalität oder Oppositionalität. In den letzten Jahren vollziehen sich hier wesentliche Änderungen. Im ideologisch-politischen Sinne sind folgende Tendenzen festzustellen:

- es verkleinerten sich der Umfang der „ideologischen Pole“ – des liberal und des sowjetisch-nostalgischen: 2003 stimmten lediglich 8% der tatsächlichen Wähler für die Liberalen und 13% für die Kommunisten;
- Konvergenz der ideologisch-politischen Einstellung der Wähler: klar unterscheidende liberale und traditionelle Einstellungen existieren nur bei den polaritär gegenüberstehenden Parteien (SPS und KPRF), während die Wähler von „Jabloko“, „Einiges Russland“ und LDPR sich sehr nahe stehen (Vgl. Umfrage vom Zentrum für politische Technologien, August 2002);
- Differenzierungen in der Einstellung der Wählerschaft zum Präsidenten Putin und der Regierung (das letzte kann bedingt auch als Einstellung zur „Macht im Ganzen“ gesehen werden). Wie Schema 1 zeigt, unterscheiden sich die beiden Beurteilungen der Wähler der einzelnen Parteien stark.

Schema 1:

Einstellung der Wählerschaft der großen Parteien zu Putin und der Regierung



Erläuterung:

1. „Einstellung zu Putin“ – Balance zwischen den negativen und positiven Antworten auf die Frage: Stimmen sie der Arbeit des Präsidenten Putin zu?

(Umfrage WC/OM, „Express“, August 2002)

2. „Einstellung zur Regierung“ – Balance der negativen und positiven Antworten auf die Frage: Stimmen sie der Arbeit der Regierung zu?

(Umfrage WC/OM, „Express“, August 2002)

1.5 Staatliche Politik bei der Bildung von Parteien

Während der Präsidentschaft Jelzins erfolgte durch die russische Regierung praktisch keine aktive Politik der Förderung von Parteien. Das Misstrauen des ersten russischen Präsidenten gegenüber den Parteien und die für den Kreml unglücklich verlaufenden Parlamentswahlen 1993 und 1995 wurde zu einem ernsthaften Hindernis für die Entstehung und Entwicklung neuer Parteien in Russland.

Demgegenüber forderte Wladimir Putin zu Beginn seiner Präsidentschaft von der staatlichen Politik eine stärkere Unterstützung bei der Entwicklung von Parteien. Jedoch sind die Fortschritte bei der Parteienentwicklung in Russland nach wie vor sehr bescheiden. Vielmehr wurde der Parteienpluralismus in Russland in letzter Zeit eher geschwächt als gestärkt. Die „Partei der Macht“ konnte sich zwar wesentlich vergrößern und festigen, doch änderte sie dabei ihren Charakter nicht. Sie ist eine Partei der Bürokraten, die aus der Macht entsprungen ist und nicht die Exekutive politisch gestaltet. Und selbst Wladimir Putin musste jüngst zugeben, dass es „außer den Kommunistischen Parteien in Russland keine anderen starken Organisationen gibt. Im direkten Sinne – Parteien existieren immer noch nicht“ (zitiert aus einem Interview mit einem chilenischen Journalisten am 18.11.2004).

Bis heute bleiben viele institutionelle Anforderungen beim Aufbau von Parteien höchst formal. Das Parteiengesetz von 2001 gibt den Parteien praktisch das alleinige Recht, an Parlamentswahlen teilzunehmen. Mit der Aufhebung der Möglichkeit, Wahlblöcke zu schaffen und mit der Einführung eines reinen Verhältniswahlsystems auf Basis von Parteilisten (neues Wahlgesetz von 2004) haben die Parteien das absolute Monopol, bei Wahlen anzutreten. Allerdings führt dieses Monopol nicht zu einer wesentlichen Stärkung der Parteistrukturen.

Mit dem Ende 2004 verabschiedeten neuen Parteiengesetz wurde die Mindestmitgliederzahl für eine Parteiregistrierung auf 50.000 Mitglieder angehoben (nach dem alten Parteiengesetz von 2001 lag die Mindestmitgliederzahl bei 10.000 Mitgliedern). Ziel dieser neuen Regelung ist es, die Zahl der registrierten politischen Parteien zu verringern. Die Aufstockung der Mindestmitgliederstärke und die Kontrolle der Angaben der Partei werden zur Folge haben, dass das Innenministerium MWD und der Inlandsgeheimdienst FSB bei der Kontrolle mit einbezogen werden. Ein Vertreter aus dem Justizministerium, der nicht mit Namen genannt werden möchte, erklärte, dass für die Kontrolle der Angaben spezielle Kommissionen gebildet werden, die dann Gespräche mit einfachen Parteimitgliedern führen werden. Es muss nicht extra betont werden, dass eine solche Politik gegenüber den politischen Parteien in erster Linie zu einem Verschwinden der kleinen Parteien führen wird. Im Januar 2003 erklärte ein hoher Beamter aus der Präsidentialadministration gegenüber einem Kollegen aus dem Justizministerium, „25 [zentristische] Parteien ... erhalten je einen halben Prozentpunkt und nehmen damit der Organisation Stimmen weg, die für den Präsidenten eine wichtige Stütze im Parlament darstellt“. Weiter forderte der Beamte das Justizministerium auf, die Kontrolle bzgl. der Angaben zur Mitgliedstärke der Partei zu verschärfen und gegebenenfalls die Lizenz zu entziehen. Vom Standpunkt der konstitutionellen Bürgerinteressen gesehen, kann der Übergang zu einer solch zweifelhaften Prozedur wie die „Vorladung von Parteimitgliedern zu Einzelgesprächen“ eine wesentliche Verschärfung der Kontrolle des Staates über die Parteien bringen – eine gefährliche Methode, vor der die oppositionellen Parteien bei der Annahme des „Parteiengesetzes“ im Jahre 2001 warnten, die aber auch bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht angewendet wurde.

Ein weiteres Instrument der staatlichen Politik gegenüber den Parteien ist die im Jahre 2003 eingeführte Regelung, dass mindestens die Hälfte der Kandidaten für die Legislative in den 89 Regionen Russlands über die Parteiliste gewählt werden muss. Eine Bewertung der Auswirkungen dieser neuen Regelung für die Parteienstruktur ist noch verfrüht. Es müssen erst drei bis vier Jahre vergehen, damit die gesetzgebenden Versammlungen aller Regionen auf dieser neuen Basis zusammentreten und arbeiten und die für die Entwicklung der regionalen Parteiorganisationen gegebenen Anreize auch in den Wahlkampagnen auf föderaler Ebene zum Tragen kommen. Allerdings sind schon jetzt einige Tendenzen sichtbar.

Erstens wählen die Bürger in den Regionen jetzt auch Parteien und Wahlblöcke, nicht nur konkrete Personen. Das war vordem nur auf föderaler Ebene üblich. Damit erhalten die „entwickelten“ russlandweiten Parteien fast eine garantierte Quote bei der Zusammensetzung der Legislative.

Zweitens erhielten die Parteien durch die neue Regelung Anreize für eine aktivere Politik. Die lokalen Parteiführer erhalten mehr Handlungsspielräume, es bilden sich neue politische Koalitionen. Die Parteien erhalten letztendlich neue Ressourcen. Es entsteht vor Ort eine neue professionelle politische Klasse. Für viele Politiker ergeben

sich neue Karrieremöglichkeiten. Daneben erhalten die regionalen Parlamente eine neue Funktion – die Bestätigung der von Moskau vorgeschlagenen Gouverneure.

In der Gesamtbilanz dieser Entwicklung erhalten die regionalen Parteiorganisationen mehr Autonomie gegenüber dem Zentrum. Sie haben die Möglichkeit, auf die föderale Führung der Partei mit inhaltlichen Argumenten einzuwirken. Diese Entwicklung kann zur Folge haben, dass die innerparteilichen Konfliktpotenziale wachsen. Möglicherweise schafft diese neue Situation in den regionalen Parteiorganisationen einen wichtigen Katalysator für die Umstrukturierung der regionalen Parteiorganisationen und für das gesamtrussische Parteiensystem.

1.6 Gesellschaft und Parteien

Die begrenzte Rolle der Parteien in der Politik spiegelt sich auch im beständig anhaltenden geringen Vertrauen und Interesse der Bevölkerung gegenüber den Parteien wieder. Soziologische Untersuchungen aus den 1990er Jahren zeigen, dass in der Wahrnehmung der Bevölkerung ein Mehrparteiensystem als ein Element der Demokratie weit hinter anderen Demokratieelementen zurücksteht: so hielten 1997 nur 26% der Bevölkerung ein Mehrparteiensystem für ein wichtiges Demokratieelement. 2000 waren es sogar nur noch 13%. Das Recht, zwischen mehreren Parteien auswählen zu können, erhielt nur den 15. Platz bei der Erklärung, was Demokratie sei (15,5%). Die Möglichkeit, politisch aktiv zu sein und damit auch an politischen Entscheidungsprozessen teilnehmen zu können, hielten nur 2% der Befragten für wichtig.

In den letzten Jahren hat sich diese Einstellung nicht geändert. Eine vom Institut FOM durchgeführte Umfrage aus dem Jahr 2004 verdeutlicht, dass 49% der Befragten der Meinung sind, dass die Parteien in Russland keine besondere Rolle spielen. Lediglich 25% der Respondenten waren entgegengesetzter Meinung.

Bei der Frage, welches Parteiensystem für Russland von Vorteil wäre, erweisen sich die Ergebnisse verschiedener soziologischer Institute zwar als unterschiedlich. Dennoch sind einige Tendenzen sichtbar. Die Meinung, dass Parteien nicht notwendig seien, ist marginal: Nach einer Umfrage vom Lewada-Zentrum im April 2004 waren es 6%, bei einer Umfrage von FOM im Juni 2004 waren es 14%, die diese Meinung vertraten. Für ein Einparteiensystem – damit würde ein zentrales demokratisches Kriterium nicht erfüllt – sprachen sich nach einer Umfrage vom Lewada-Zentrum 34% und nach Daten von FOM 19% der Respondenten aus (zu diesen Respondenten zählen vor allem Landbewohner und Anhänger von KPRF und LDPR). Diese Ergebnisse zeigen, dass sich nicht weniger als 40% der Russen gegen ein Mehrparteiensystem aussprechen und damit Gegner einer Parteienkonkurrenz sind.

Unter den Anhängern eines Mehrparteiensystems gibt es laut Umfragen unterschiedliche Ansichten: ein Zweiparteiensystem (Macht vs. Opposition) bevorzugen nach FOM 17% und dem Lewada-Zentrum zufolge 44% der Respondenten. Für ein Mehrparteiensystem (starkes Zentrum vs. linker und rechter Flügel) sprechen sich 23% (FOM) bzw. 6% (Lewada-Zentrum) der Befragten aus.

Die Russen sehen sowohl in einem Zweiparteiensystem als auch in einem Mehrparteiensystem ihre Vorzüge. Die Mehrheit befürwortet ein System mit ausreichend großen Parteien, da ihrer Meinung nach nur die großen Parteien

ausreichend handlungs- und regierungsfähig sind. Daneben wird aber auch die Notwendigkeit der Existenz kleinerer Parteien betont. Den kleineren Parteien wird eher zugetraut, konkrete Fragen zu erarbeiten als großen Parteien, die aufgrund ihrer Größe langsamer reagieren.

Die deutliche Dominanz einer „Partei der Macht“ erzeugt in der Gesellschaft die Forderung nach einer Opposition. 66% der Russen sind der Meinung, dass Russland dem Präsidenten gegenüber oppositionelle Parteien braucht und diese auch einen großen Einfluss auf das politische Leben ausüben sollten.

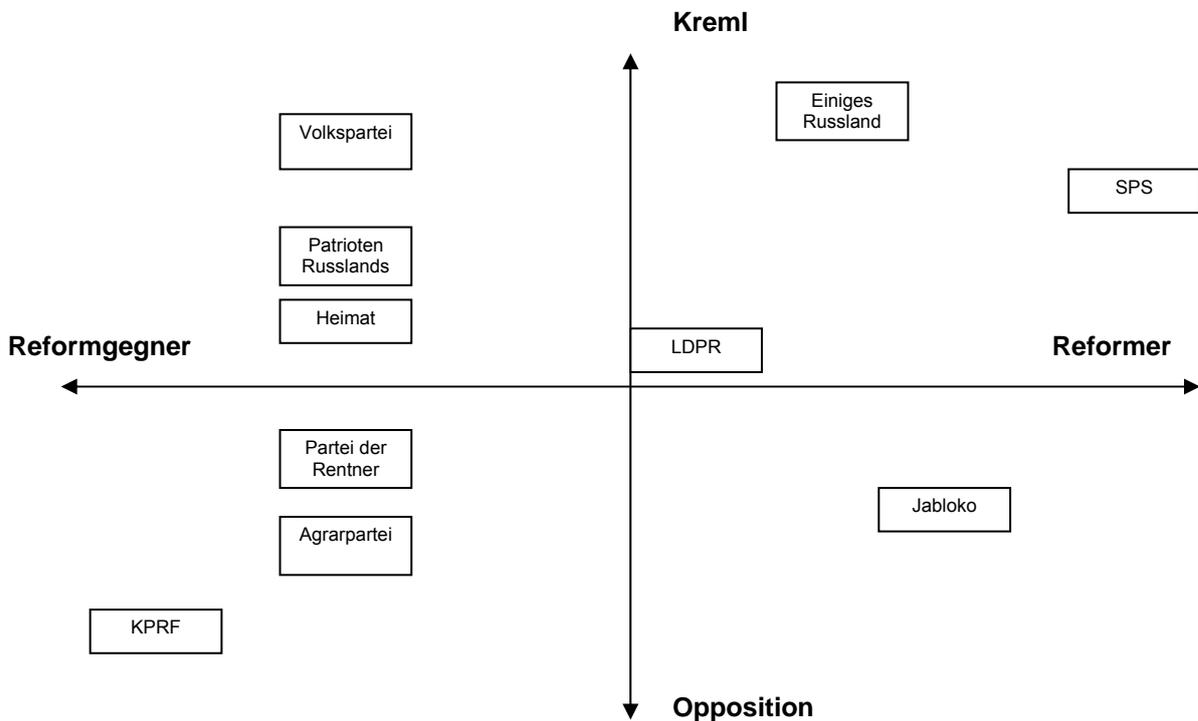
So ist es falsch davon auszugehen, dass die russische Gesellschaft politische Parteien als gesellschaftliche Institutionen und Akteure der Politik ablehnt. Vielmehr muss davon gesprochen werden, dass die existierenden Parteien nicht dem gesellschaftlichen Bedarf entsprechen.

Bevor im nächsten Teil ein Kurzprofil der wichtigsten politischen Parteien gegeben wird, soll abschließend kurz auf eine Umfrage vom Lewada-Zentrum im Februar 2004 hingewiesen werden. Bei dieser Umfrage wurden die Befragten gebeten, stichwortartig die größten politischen Parteien einzuschätzen. Dabei erhielten die KPRF (58%), „Jabloko“ (41%) und die SPS (36%) die Einschätzung „alt und lebensfremd“. Demgegenüber wurden „Einiges Russland“ (53%) und „Heimat“ (54%) von den Befragten mit den Eigenschaften „neu und perspektivvoll“ in Verbindung gebracht. Der LDPR wurden solche Charakteristika wie „reif und erfahren“ zugesprochen (42%).

2. Kurzprofile der wichtigsten politischen Parteien Russlands

Nach offiziellen Angaben des Justizministeriums sind in Russland derzeit 47 politische Parteien registriert. An den letzten Parlamentswahlen 2003 nahmen insgesamt 23 Parteien teil. Vier Parteien schafften den Sprung über die 5-Prozent-Hürde und ins Parlament: „Einiges Russland, Kommunistische Partei der Russischen Föderation KPRF, die Liberaldemokratische Partei Russlands LDPR und der Wahlblock „Heimat“. Andere Parteien, wie die Volkspartei oder die Agrarpartei, brachten einzelne Direktkandidaten durch.

Schema 2: Positionierung der wichtigsten/größten politischen Parteien



Im Folgenden sollen die wichtigsten politischen Parteien Russlands in Kurzporträts vorgestellt werden.

2.1 „Einiges Russland“ (*Jedinaja Rossija*)

Gründung	2001 durch Vereinigung der Blöcke „Einheit“, Vaterland“ und „Ganzes Russland“
Parteivorsitzender	Boris Grylow
Spitzenkandidaten	W. Bogomolow, Ju. Wolkow, Ju. Luškow
Mitgliederzahlen	19.579 (Angabe Justizministerium) 860.000 (Parteiangabe)
Regionale Organisation	88 Regionen (Angabe Justizministerium) 89 Regionen (Parteiangabe)
Ergebnisse bei den Dumawahlen	erstmalig angetreten 2003, erzielte 37,57%

In ihrer Tätigkeit orientiert sich „Einiges Russland“ am Präsidenten. Die Partei vertritt entsprechend eine kremlnahe Staatsideologie. Die Priorität ihrer politischen Arbeit gehört der Gewährleistung der Einheit des Staates und der Konsolidierung der Gesellschaft um den Präsidenten. „Einiges Russland“ setzt sich für eine aktive soziale Marktwirtschaft, für die Beibehaltung der russischen kulturellen Identität und für eine Stärkung der Autorität Russlands in den internationalen Beziehungen ein.

Aus den Parlamentswahlen 2003 ging „Einiges Russland“ als Sieger hervor. Mit der Einwerbung der Mehrheit der unabhängigen Direktmandatsträger in ihre Fraktion kontrolliert „Einiges Russland“ genau 2/3 der Duma (konstitutionelle Mehrheit). Daneben verfügt die Fraktion auch über eine Mehrheit im Dumarat und stellt in allen Ausschüssen den Vorsitzenden. Damit bestimmt „Einiges Russland“ praktisch die Tagesordnung der Duma und entscheidet über die Frage, welche Minister und andere Beamte in die Duma eingeladen werden. Daneben erfreut sich die Partei einer großen Unterstützung seitens der Präsidialadministration und der föderalen elektronischen Massenmedien.

Bei den regionalen Wahlen ist die Partei überall erfolgreich. Sie ist in allen gesetzgebenden Versammlungen der 89 Föderationssubjekte vertreten. Der politische Einfluss von „Einiges Russland“ in den Regionen ist sehr groß. Die wenigen Gouverneure, die den Konflikt mit Vertretern von „Einiges Russland“ wagten, verloren in jüngster Zeit ihre Posten. Gouverneure, die bei den regionalen Wahlen früher für eine andere Partei kandidierten, wechselten in der Zwischenzeit zu „Einiges Russland“ über. Dies ist vor allem damit zu erklären, dass für die Gouverneure die Zugehörigkeit zur Partei „Einiges Russland“ ein Symbol für ihre politische Loyalität gegenüber dem Kreml darstellt.

2.2 Die Liberal-Demokratische Partei Russlands (LDPR) (*Liberal'no-demokratičeskaja partija Rossii*)

Gründung	1990 als „Liberal-Demokratische Partei der Sowjetunion“ (LDPSS) gegründet, 1992 Umbenennung in „Liberal-Demokratische Partei Russlands“
Parteivorsitzender	Wladimir Žirinowksij
Spitzenkandidaten	I. Lebedew

Mitgliederzahlen	19.098 (Angabe Justizministerium) 50.000 (Parteiangabe)
Regionale Organisation	55 Regionen (Angabe Justizministerium)
Ergebnisse bei den Dumawahlen	1993: 21,4%; 1995: 11,18%; 1999: 5,98%; 2003: 11,45%

Die Partei vertritt einen sozialen und nationalen Populismus (Losung der Wahlkampagne 2003: Wir sind für die Armen, wir sind für die Russen!). Die LDPR fordert eine enge Zusammenarbeit mit den GUS-Staaten und kritisiert sehr stark die Außenpolitik der USA. Für die Exekutive stellt die LDPR einen zuverlässigen politischen Partner dar.

Die Ergebnisse bei den Parlamentswahlen 2003 fielen für die LDPR positiv aus. Nachdem sie 1999 mit großer Mühe die 5% Hürde überwinden konnte, erzielte sie 2003 den dritten Platz. Damit wurde die LDPR zu einer respektablen politischen Kraft in Russland. Die vollständige Kontrolle über die Partei liegt bei Wladimir Žirinowskij. Innerhalb der Partei fehlt es an jeglicher demokratischer Struktur. Nach Žirinowkij's Rücktritt vom Amt des Fraktionsvorsitzenden im Jahr 2000 übernahm sein Sohn I. Lebedew die Leitung der Fraktion. Diese ausgeprägte Familienstruktur ist im russischen Parteiensystem einmalig.

Bei den regionalen Wahlen erzielt die LDPR wechselnde Erfolge. Die in den Regionen eingeführte Listenwahl und der Übergang zu einem reinen Verhältniswahlssystem auf föderaler Ebene erhöhen die Chancen der LDPR, auch in Zukunft ihre Position im russischen Parteiensystem halten zu können.

2.3 Union der rechten Kräfte (SPS) (*Sojuz prawych sil*)

Gründung	1999 als Wahlblock gegründet, zu den Gründungsmitgliedern zählten „Demokratische Wahl Russlands“, „Junges Russland“, „Gemeinsame Sache“ u.a.
Parteivorsitzender	Leonid Gozman
Spitzenkandidaten	B. Nemcow, A. Čubajs
Mitgliederzahlen	14.646 (Angabe Justizministerium) zw. 20.000-38.000 (Parteiangabe)
Regionale Organisation	64 Regionen (Angabe Justizministerium) 84 Regionen (Parteienangabe)
Ergebnisse bei den Dumawahlen	1999: 8,52%; 2003: 3,97%

Die SPS setzt sich für eine liberale Politik und liberale Wirtschaftspolitik ein. Dabei fordert die SPS eine beschränkte Rolle der staatlichen Bürokratie und die Schaffung von günstigen Bedingungen für die Entwicklung der Privatwirtschaft. Daneben setzt sie sich für den Schutz der Bürgerrechte, für die gezielte Unterstützung sozial schwacher Personen und eine Intensivierung der Beziehungen zu den westlichen Staaten ein.

Bei den Parlamentswahlen 2003 erlitt die SPS eine deutliche Niederlage. Die Wahlschlappe führte zu einem Anwachsen der Auseinandersetzungen in den eigenen Reihen. Im Verlauf der Parteidiskussionen bildeten sich dabei zwei Gruppen heraus – eine gemäßigte Mehrheit unter der Führung von A. Čubajs (Vertreter eines konstruktiven Dialogs mit der Macht) und eine radikale Minderheit (B. Nemcow), die einen oppositionellen Kurs gegenüber dem Kreml fordert.

Bei den regionalen Wahlen 2004 konnte die SPS einige Erfolge erzielen. Das lässt sich vor allem damit erklären, dass sich die Partei mehr und mehr von den klassischen Prinzipien des Liberalismus lossagt und verstärkt einen Wahlkampf mit populistischen Themen führt. Kennzeichnend ist auch, dass die Partei in den Regionen bei den Wahlen mit verschiedenen Koalitionen, einer ideologisch neutralen Bezeichnung und in verschiedenartiger Gestalt antritt (Bsp.: im Gebiet Irkutsk in Koalition mit der „Volkspartei“ unter der Bezeichnung „Für die Heimat an der Angara“ oder im Gebiet Archangel'sk in Koalition mit „Jabloko“ unter der Bezeichnung „Unsere Heimat - Archangel'sk“).

2.4 Russische Demokratische Partei „Jabloko“ (*Rossijskaja demokratičeskaja partija „Jabloko“*)

Gründung	1993 als Wahlblock gegründet, 1995 Umbildung zur Russischen Demokratischen Partei „Jabloko“
Parteivorsitzender	Grigorij Jawlinskij
Spitzenkandidaten	I. Artjom'ew, W. Lukin
Mitgliederzahlen	12.183 (Angabe Justizministerium) zw. 20.000-76.000 (Parteiangabe)
Regionale Organisation	55 Regionen (Angabe Justizministerium) 74 Regionen (Parteiangabe)
Ergebnisse bei den Dumawahlen	1993: 7,3%; 1995: 6,89%; 1999: 5,93%; 2003: 4,3%

Ideologisch orientiert sich die Partei an einem sozialen Liberalismus und vertritt eine aktive Sozialpolitik. „Jabloko“ kritisiert die wirtschaftliche Umgestaltung Russlands sowie das Fehlen von demokratischen Prinzipien und Menschenrechten. Besonderen Wert legt sie auf die Entmonopolisierung der Wirtschaft und die „nicht repressive Demontage der oligarchischen Strukturen“.

In den letzten Jahren hat „Jabloko“ an Popularität verloren. Infolge der deutlichen Wahlschlappe 2003 kam es zu innerparteilichen Spannungen. Ein Teil der Mitglieder von „Jabloko“ nahmen eine verstärkte radikale Position ein und forderten den strikten, demonstrativen Übergang zur Opposition. Andere Anhänger von „Jabloko“ orientierten sich stärker nach „links“ und näherten sich anderen oppositionellen Kräften, einschließlich der Kommunisten an. In der Folgezeit entstanden auch gemeinsame Aktionen mit der KPRF.

Nach der Wahlniederlage 2003 verlor „Jabloko“ seinen größten finanziellen Sponsor, die Erdölgesellschaft JUKOS. Bisher ist es der Partei nicht gelungen, ihre finanzielle Situation zu bessern.

Bei den regionalen Wahlen ist „Jabloko“ wenig erfolgreich.

2.5 Volkspartei der Russischen Föderation (NPRF) (*Narodnaja partija Rossijskoj Federacii*)

Gründung	2001 auf Initiative der Parlamentariergruppe „Volksdeputierte“ gegründet
Parteivorsitzender	Gennadij Gudkow
Spitzenkandidaten	G. Rajkow, W. Awerčenko
Mitgliederzahlen	39.293 (Angabe Justizministerium) 120.000 (Parteiangabe)
Regionale Organisation	65 Regionen (Angabe Justizministerium)
Ergebnisse bei den Dumawahlen	2003: 1,18%

Die NPRF ist eine patriotische Partei. Sie setzt sich für eine aktive Sozialpolitik und die Rückkehr zu den traditionellen, geistigen Werten ein.

Bei den Parlamentswahlen 2003 konnte die Volkspartei die 5%-Hürde nicht überwinden und daher auch nicht ins Parlament einziehen. Diejenigen, die von der NPRF durch ein Direktmandat in die Staatsduma gewählt wurden, traten der Fraktion „Einiges Russland“ bei.

In den Regionen ist die Position der NPRF sehr schwach. Gewisse Chancen für einen Sprung ins regionale Parlament hat sie nur in drei Föderationssubjekten. Doch nach den Änderungen des Wahlsystems werden die Chancen immer geringer.

2.6 „Patrioten Russlands“ (*Patrioty Rossii*)

Gründung	2005 gegründet, setzt sich aus zahlreichen kleinen Parteien und politischen Bewegungen zusammen
Parteivorsitzender	Gennadij Semigin
Spitzenkandidaten	S. Chamarow, A. Nijasow, Š. Dzoblaew
Mitgliederzahlen	keine Angaben
Regionale Organisation	keine Angaben
Ergebnisse bei den Dumawahlen	-

Ideologisch sind die „Patrioten Russlands“ überwiegend sozialdemokratisch, linkszentristisch einzuordnen. Jedoch gehören der Koalition auch orthodoxe Kommunisten aus der WKPB und radikale Nationalisten aus der NPPR an.

Die Koalition ist in sich ein lockeres Konglomerat von Parteien, die zum größten Teil selber nicht damit rechnen, als selbständige Partei bei den Parlamentswahlen erfolgreich abzuschneiden. Die Perspektiven sind sehr offen, da die endgültige Zusammensetzung der Koalition noch unklar ist.

2.7 „Heimat“ (*Rodina*)

Gründung	2003 in Form eines Wahlblocks gegründet, der Wahlblock setzt sich aus der Partei der Russischen Regionen, der Einheitlichen sozialistischen Partei Russlands und der Partei „Volkswille“ zusammen
Parteivorsitzender	Dmitrij Rogozin
Spitzenkandidaten	S. Baburin
Mitgliederzahlen	- (Angabe Justizministerium) 38.000 (Parteiangabe)
Regionale Organisation	- (Angabe Justizministerium) 49 Regionen (Parteiangabe)
Ergebnisse bei den Dumawahlen	2003: 9,02%

Die Ideologie der Partei baut auf Staatsgläubigkeit, sozialem Populismus und russischem Nationalismus auf. Im Vorfeld der Parlamentswahlen 2003 trat besonders der Populismus hervor, später dann die Komponente Staatsgläubigkeit. Nach der Verabschiedung des Gesetzes zur Monetarisierung der Sozialleistungen griff die Partei „Heimat“ erneut populistische Themen auf.

Gegründet vor den Parlamentswahlen 2003, ist die Partei „Heimat“ ein schwieriges Konglomerat verschiedener politischer Kräfte, die alleine keine Chance gehabt hätten, die 5%-Hürde zu überwinden. Daneben ist es auch sehr unwahrscheinlich, dass sich diese politischen Gruppen von alleine zusammengeschlossen hätten. Vielmehr ging die Initiative vom Kreml aus, der mit der Partei „Heimat“ eine Alternative zur KPRF schaffen und dieser damit Wählerstimmen abspenstig machen wollte. So überraschte es auch nicht, dass „Heimat“ im Vorfeld der Wahlen seine Loyalität gegenüber dem Präsidenten demonstrierte und Kritik an den Kommunisten äußerte. Innerparteilich gibt es in der Partei viele Differenzen. Die Fraktion ist sehr instabil und konfliktgeladen.

Auf regionaler Ebene ist „Heimat“ sehr erfolgreich. Allerdings verfügt sie nicht über ein stabiles Netzwerk in den Regionen. Ihr Einfluss ist daher sehr ungleichmäßig und nicht gefestigt.

2.8 Russische Partei der Rentner (RPP) (*Rossijskaja partija pensionerow*)

Gründung	1997 als Partei der Interessenvertretung der Rentner gegründet
Parteivorsitzender	Walerij Gartung
Spitzenkandidaten	S. Artošenko
Mitgliederzahlen	18.415 (Angabe Justizministerium) >600.000 (Parteiangabe)
Regionale Organisation	keine Angaben
Ergebnisse bei den Dumawahlen	2003: 3,09%

Ideologisch orientiert sich die Partei linkszentristisch. Sie setzt sich für eine starke soziale Politik gegenüber den Rentnern und anderen sozial schwachen Personen ein.

Die RPP nahm an den Parlamentswahlen 1999 selbständig und 2003 im Wahlblock mit der Partei für soziale Gerechtigkeit teil. Zusammen erhielten sie nur 3% der Wählerstimmen und konnten daher nicht ins Parlament einziehen. Aufgrund eines Direktmandats von W. Gartung ist die RPP mit einem Abgeordneten in der Staatsduma vertreten.

Aufgrund der regionalen Erfolge gilt die RPP als die „Fünfte Partei“ in Russland im Gesamtergebnis der Wahlen zur gesetzgebenden Versammlung. Die Besonderheit der RPP liegt in ihrem erfolgreich zusammengestellten Image plus Klientel und in der bewussten Schwerpunktsetzung auf die Entwicklung eines regionalen Netzwerks.

2.9 Agrarpartei Russlands (APR) (*Agrarnaja partija Rossii*)

Gründung	1992 als politischer Vertreter der Agrarkorporationen gegründet
Parteivorsitzender	Wladimir Plotnikow
Spitzenkandidaten	M. Lapšin
Mitgliederzahlen	41.477 (Angabe Justizministerium) 120.000 (Parteiangabe)
Regionale Organisation	77 Regionen (Angabe Justizministerium) 55 Regionen (Parteiangabe)
Ergebnisse bei den Dumawahlen	1993: 7,4%; 1995: 3,78%; 1999: -; 2003: 3,64%

Ideologisch orientiert sich die APR linkszentristisch. Gleichzeitig hat ihre Ideologie einen korporativen Charakter. Die APR fordert vom Staat eine stärkere Beachtung der Probleme in der Agrarindustrie, höhere Investitionen und einen Ausbau des sozialen Schutzes für Landwirte.

Während die APR auf regionaler Ebene durchaus erfolgreich ist, gelingt es ihr nicht, diese Erfolge auch auf föderaler Ebene fortzusetzen. Aufgrund des sinkenden Interesses der Investoren an der APR konnte die Partei ihre Aktivitäten nicht weiter ausbauen. Der Parteiapparat hat sich stark verringert, viele Mitarbeiter mussten entlassen werden.

2.10 Kommunistische Partei der Russischen Föderation (KPRF) (*Kommunističeskaja partija Rossijskoj Federacii*)

Gründung	1993 als Nachfolgeorganisation der verbotenen KPdSU gegründet
Parteivorsitzender	Gennadij Zjuganow
Spitzenkandidaten	W. Kupcow, W. Ulas, Ju. Afonin, I. Melnikow
Mitgliederzahlen	19.013 (Angabe Justizministerium) 180.000 (Parteiangabe)
Regionale Organisation	56 Regionen (Angabe Justizministerium)
Ergebnisse bei den Dumawahlen	1993: 11,6%; 1995: 22,3%; 1999: 24,29%; 2003: 12,61%

Die Ideologie der Partei entspricht einer Mischung aus Sozialismus und der russischen nationalen Idee. Die Partei distanziert sich sowohl vom „bürokratischen Sozialismus“ unter Brežnew als auch von der europäischen Sozialdemokratie. Zwar akzeptiert die KPRF einige marktwirtschaftliche Grundregeln und bestimmte demokratische Freiheiten. Zur gleichen Zeit begegnet sie aber den Erfahrungen der Reformen aus den 1990er Jahren negativ und stellt ihnen positive Ergebnisse aus den Zeiten der Sowjetunion gegenüber. Die zentralen Forderungen der Partei sind: Verstaatlichung der Großbetriebe, feste Regulierung der Wohnungsmiete und der Tarife für die kommunalen Dienste.

Nach der deutlichen Wahlschlappe 2003 wurde die Position der KPRF im Rahmen des politischen Systems stark geschwächt. 2004 durchlief die Partei eine große innerparteiliche Krise, in deren Folge es zu einer Reihe von personellen Erneuerungen kam. Ein großer Teil der Parteispitze besteht nach wie vor aus traditionellen Vertretern des Parteiapparates. Die schnelle Erneuerung und Verjüngung der Parteiführung (2004) kollidiert aber stark mit der traditionellen Mentalität der alten Parteimitglieder, die sich vor „großen Veränderungen“ fürchten.

Bei den regionalen Wahlen erzielt die KPRF unterschiedliche Ergebnisse. Einerseits konnte die Partei in allen Regionen in denen sie antrat, den Einzug in die regionale gesetzgebende Versammlung schaffen. Andererseits konnte sie dabei nie einen Sieg erringen. Dennoch verfügt die Partei über einen festen Wählerstamm und konnte ihre regionalen Strukturen und Netzwerke erhalten und weiter ausbauen.

3. Entwicklungsperspektiven des russischen Parteiensystem

3.1 Entwicklungsmodelle

Eine Prognose für die Entwicklung des russischen Parteiensystems scheint sehr schwierig. 2007 finden die nächsten Parlaments- und 2008 die Präsidentschaftswahlen statt. Dabei ist vor allem das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen im März 2008 und damit die Frage offen, wer Putins Nachfolger wird.

Die Zukunft der politischen Parteien Russlands ist von zwei Faktoren abhängig: erstens von den Prioritäten des Kremls, d.h. des dominierenden politischen Akteurs, und zweitens von den Fähigkeiten der führenden politischen Parteien, eine Strategie zu erarbeiten und umzusetzen, die den Parteien mehr Spielräume gibt und sie in ihren Aktivitäten vom Kreml unabhängiger macht.

Die Änderung des Wahlgesetzes und der damit einhergehende Übergang von einem gemischten Verhältniswahlrecht zu einem reinen Verhältniswahlsystem zeugen davon, dass der Kreml, als wichtigster strategischer Orientierungsgeber, nicht daran interessiert ist, die Größe der „Partei der Macht“ im Parlament zu maximieren. Vielmehr scheint es die Strategie des Kreml zu sein, die Mehrheit der anderen Parteien zu kontrollieren. Indem die wichtigsten administrativen und finanziellen Ressourcen den Anordnungen des Kreml unterstehen, kann sich kaum eine Partei volle Unabhängigkeit vom Kreml leisten.

Die gegenseitige Beeinflussung dieser zwei Erscheinungen – die Größe der Fraktion der „Partei der Macht“ und die Kontrolle über die anderen Parteien – zeigen fünf unterschiedliche Modelle zum Funktionieren des Parteiensystems im Parlament auf.

Schema 2: Modelle der Entwicklung des Parteiensystems

	Absolute Mehrheit der „Partei der Macht“	Einfache Mehrheit der „Partei der Macht“	Mehrheit der zuletzt siegreichen Parteien
Kontrollierte Parteien	„Indonesisches Modell“	„Ostdeutsches Modell“	nicht möglich
Unabhängige Parteien	„Mexikanisches Modell“	„Italienisches Modell“	„Klassisches Modell“

Indonesisches Modell (unter dem Präsidenten Suharto; 1960-1990): Die „Partei der Macht“ verfügt im Parlament über die absolute Mehrheit. Die anderen Parteien fungieren als loyale politische Partner. Die dominierende Figur ist der Präsident, der die Parteien als „Treibriemen“ zur Umsetzung seiner Pläne nutzt.

Ostdeutsches Modell (1940er-1980er Jahre): Die „Partei der Macht“ verfügt zwar formal nicht über die absolute Mehrheit, dennoch ist sie die dominante Partei im politischen Raum. Die anderen Parteien dienen lediglich zur „politischen Dekoration“ (in der DDR existierten offiziell 5 gesamtstaatliche politische Parteien – die maximal zugelassene Zahl für die Staaten des Warschauer Paktes).

Mexikanisches Modell (1940er-1990er Jahre): Die „Partei der Macht“ hat die absolute Mehrheit. Die anderen Parteien sind aber in ihren Strukturen von ihr unabhängig und können Kritik an ihr üben.

Italienisches Modell (1950er-1980er Jahre): Die „Partei der Macht“ verfügt im Parlament über die relative Mehrheit. In Koalition mit „kleinen Partnern“ stellt sie die Regierung. Diese sind unabhängig von ihr und verfügen über eine ausgeprägte eigene Identität. Im Fall, dass die Popularität der „Partei der Macht“ sinkt, können die Vertreter der anderen politischen Kräfte sogar an die Spitze der Regierung treten (in den 80er Jahre taten dies der Sozialist Craxi und der Republikaner Spadolini).

Klassische Demokratie (modernes Europa): Eine „Partei der Macht“ existiert im Prinzip nicht.

Zwischen diesen fünf aufgezeigten Modellen gibt es große Differenzen. Das „Indonesische Modell“ und das „Ostdeutsche Modell“ stellen verdeckte Formen autoritärer Strukturen dar. Die Unterschiede zum Einparteiensystem sind gering (die Demokratiestufe des formal in der DDR existierenden Mehrparteiensystems war dabei kleiner als in Ungarn, wo nur eine Partei existierte).

Aber auch die anderen Modelle unterscheiden sich im Grad ihrer Pluralität. Das „Mexikanische Modell“ ist straff leitbar und ermöglichte der „Partei der Macht“ trotz der Krise von 1990 die uneingeschränkte Führerschaft. Demgegenüber weist das „Italienische Modell“ mehr demokratische Elemente auf. Die Priorität der „Partei der Macht“ ist bedingt durch umfangreiche Maßnahmen (administrative, finanzielle, „antikommunistische Mobilisierung“ usw.), wird aber von den anderen politischen Kräften ständig angezweifelt, die die Rolle von „Eingrenzern“ einnehmen.

Das gegenwärtige russische Parteiensystem erinnert vorrangig an das „Mexikanische Modell“ – jedoch mit wesentlichen Abweichungen. In Mexiko stellte die „Partei der Macht“ eine breite Elitekoalition dar, eine Massenorganisation dominanten Typs, die das Zentrum für sie flankierende Organisationen war – Gewerkschaften, Frauenorganisationen, Jugendorganisationen. In den Beziehungen zwischen dem Präsidenten und der Partei war die Partei die bestimmende Kraft, die auf der Basis eines innerparteilichen Konsenses den Parteiführer vorschlug, der alle sechs Jahre wechselte und in seinen Handlungen durch die innerparteiliche Disziplin stark eingeschränkt wurde. In Russland ist die Situation völlig anders. Die führende Rolle gehört dem Präsidenten, die Parteien fungieren lediglich als Kraft, die die Politik des Präsidenten in den unterschiedlichen Ebenen (föderal, regional usw.) unterstützt. Hier werden Tendenzen des „Indonesischen Modells“ sichtbar.

3.2 Kurzfristige Perspektiven der Entwicklung der wichtigsten russischen Parteien

Die Zukunft der Partei „**Einiges Russland**“ ist sehr stark von der Entwicklung im Kreml abhängig. Insbesondere von der Unterstützung des Nachfolgers Putins, der allgemeinen Situation im Land und der Form der Konsolidierung der Vertreter der Macht rund um den neuen Präsidentschaftskandidaten.

Wenn der Nachfolger aus den Reihen der herrschenden Klasse stammt und diese ihn auch in einem allgemeinen Konsens unterstützt, wird es kaum Veränderungen geben. Der alte Präsident wird aufgrund seiner hohen Autorität seinen potenziellen Nachfolger

mit ausreichend „Komfort“ versorgen und ihm die Macht übergeben. Mit hoher Wahrscheinlichkeit wird der potenzielle Putin-Nachfolger sich an die Spitze der Parteiliste bei den Parlamentswahlen 2007 setzen lassen, um schon im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 2008 eine öffentliche Plattform schaffen und damit einen reibungslosen Übergang der Macht vollziehen zu können. Die Partei „Einiges Russland“ wird weiterhin die führende Partei in Russland bleiben. Unter diesen Bedingungen wird die Zukunft der Entwicklung des russischen Parteiensystems sehr stark vom Kreml und seiner Wahl des politischen Modells für Russland abhängig sein.

Ein anderes Szenario entsteht, wenn der Übergang der Macht aus einer angespannten Situation heraus geschieht, da kein Konsens bzgl. des Nachfolgers gefunden werden kann. Dann wird der neue Präsident deutlich weniger Autorität besitzen. Dies könnte zur Folge haben, dass sich die politische Konkurrenz der verschiedenen im Kreml wirkenden Gruppen deutlich zuspitzen wird. Es könnte dazu kommen, dass mehrere potenzielle Kandidaten für das Präsidentenamt kandidieren. Diese Kandidaten werden bei den Parlamentswahlen 2007 auf verschiedene Parteien setzen. Dabei kann die Partei „Einiges Russland“ als führende Kraft an Bedeutung verlieren und pluralistische Tendenzen wachsen. Damit wird sich auch die zwischenparteiliche Konkurrenz verstärken. Dies geschieht in einer Krisensituation, was die Möglichkeit einer geschlossenen und gelenkten Transformation des Parteiensystems verringert. Eine solche Entwicklung der Ereignisse könnte zum gegenwärtigen Zeitpunkt zu schwer voraussagbaren Folgen führen. Wesentliche Veränderungen sind in Russland immer möglich: es sei daran erinnert, dass zwei von den vier Parteien, die jetzt im Parlament vertreten sind, bei den vergangenen Dumawahlen 1999 noch nicht existierten.

Was die anderen politischen Parteien in Russland betrifft, so kann man davon ausgehen, dass einige Parteien aufgrund der neuen gesetzgeberischen Normen ihre Position stärken können. Vor allem die neue Regelung bzgl. der Bildung der regionalen Parlamente stellt einen ganz wesentlichen neuen Faktor dar. Durch den neuen Einfluss bei der Bildung der Föderationsversammlung und der regionalen Parlamente können die Parteifraktionen die Rolle der föderalen Ressourcen bei den Wahlkampagnen etwas verringern (insbesondere bei den überregionalen elektronischen Massenmedien, die von der Macht kontrolliert werden). Damit erhöhen sich auch die Chancen der oppositionellen Kräfte. Allerdings sollte dieser Faktor nicht überbewertet werden, da das Fernsehen nach wie vor eines der wichtigsten politischen Ressourcen bleibt. Daneben verbessert die Auflösung der Direktmandate auf föderaler Ebene auch die Position der Parteien. Die Parteien gewinnen durch diese neue Regelung mehr Anziehungskraft sowohl für Investoren als auch für politische Aktivisten, die früher als unabhängige Kandidaten auftraten.

Die **KPRF** wird bei den Parlamentswahlen 2007 sicherlich keinen weiteren Stimmenverlust wie bei den Parlamentswahlen 2003 hinnehmen müssen. Sie verfügt über eine ausreichende Basis, die vor allem bei den Wahlen in die Regionalparlamente Erfolge erzielt. Aufgrund der Zuspitzung der sozialen Lage könnte sich der Wählerstamm der Partei erweitern (allerdings übernimmt sie hier kein Monopol, auch die anderen Parteien greifen mehr und mehr soziale Themen auf). Eine Wiederherstellung der Situation wie in den 1990er Jahren, als die KPRF zeitweise die größte Fraktion in der Staatsduma bildete, ist allerdings fragwürdig. Die Partei konnte sich in den letzten Jahren nicht neu formieren. Sie bleibt ein archaisches politisches Gebilde.

Die Zukunft der **LDPR** ist im großen Maß abhängig von dem Zugang ihres Parteiführers W. Žirinowksij zu den elektronischen Medien. Wenn der Zugang zu den Medien so bleibt wie bisher, dann sind die Chancen sehr groß, dass die LDPR auch bei den nächsten Dumawahlen den Einzug ins Parlament schaffen wird. Daneben konnte die LDPR dank des neuen Wahlgesetzes bei den regionalen Parlamentswahlen 2004 und 2005 in allen Regionen Fraktionen bilden.

Wenn es im Kreml keine Einigkeit bzgl. des Nachfolgers für das Präsidentenamt gibt, könnte die Partei „**Heimat**“ mit Unterstützung von einigen Gruppen im Kreml rechnen. Sie würde dann als eine Alternative zu der Partei „Einiges Russland“ gesehen werden. Das zentrale Problem bei „Heimat“ liegt dabei allerdings, wie auch schon früher, in der fehlenden innerparteilichen Geschlossenheit, was sich in der Konkurrenz zwischen den „bekannten Figuren“ ihrer Dumafraktion zeigt. Daher könnten sich verschiedene Vertreter der Partei „Heimat“ an den unterschiedlichen Gruppierungen im Kreml orientieren und auch an verschiedenen Strategien zu den weiteren Beziehungen mit der KPRF festhalten.

Die **Russische Partei der Rentner** (RPP) kann bei den Dumawahlen 2007 durchaus für eine Überraschung sorgen. Das Thema Gerechtigkeit (welches vor allem bei den sozial anfälligen Rentnern sehr aktuell ist) könnte einen guten Zugang für den Wahlkampf bieten.

Eine schwierige Situation ergibt sich für die „Semigin“- Parteiengruppierung **Patrioten Russlands**. Die Semigin-Anhänger werden wie in jüngster Zeit auch „Heimat“ vom Kreml als Sammelbecken zugunsten der nicht loyalen KPRF betrachtet. Doch eine stabile Parteistruktur ist nicht einfach zu erhalten angesichts der Ambitionen einzelner Teilnehmer, die daran gewöhnt sind, selbst politische Projekte zu leiten. Außerdem gibt es große Probleme mit dem Charisma des Vorsitzenden dieses Zusammenschlusses und einer für den Wähler eingängigen Botschaft.

Auch die liberalen Parteien haben derzeit große Probleme. Die Frage einer Vereinigung der Parteien **SPS** und „**Jabloko**“ verkommt immer mehr zu einer PR-Kampagne. Je nach Stimmung in der Bevölkerung versucht jede Partei sich in der Öffentlichkeit ein Image als konstruktive politische Kraft zuzulegen und den Gegner zu diskreditieren. Die zukünftige Struktur dieser Parteien ist im großen Maß abhängig von dem Charakter der Transformation ihrer Strukturen und ihrer Fähigkeit der personellen Erneuerung. Diese Fähigkeit scheint bei „Jabloko“ eher gering zu sein. Demgegenüber hat die SPS durchaus bessere Chancen, ihre regionalen Erfolge in nationale zu überführen.

Ein negatives Szenarium für die liberalen Parteien wäre eine weitere Entstehung von politischen Parteien in diesem Politikspektrum ohne wesentliche Erhöhung der Wählerschaft. Die Ende März von „Jabloko“, SPS und dem „Komitee 2008“ (G. Kasparow, W. Ryžkow) ausgearbeitete Initiative zur Gründung einer allgemeinen politischen Plattform der demokratischen Parteien scheint weniger Erfolg versprechend zu sein. Daneben könnten die Demokraten mit Versuchen des Kremls konfrontiert werden, eine ihm gegenüber loyale demokratische Struktur zu schaffen. Hierzu könnte die vom Vorsitzenden des Föderationsrates Mironow geleitete „Partei des Lebens“ ebenso geeignet sein wie der liberale Flügel von „Einiges Russland“, der sich dann noch vor 2007 von der „Partei der Macht“ abspalten müsste. Allerdings ist eher mit einer Fraktionierung innerhalb von „Einiges Russland“ als mit einer vom Kreml geduldeten Spaltung zu rechnen.

3.3 Langfristige Perspektiven des russischen Parteiensystems

Die Mehrheit der gegenwärtig großen politischen Parteien in Russland scheint lebensfähig genug zu sein, in Form eines aktiven Spielers in der politischen Arena agieren zu können. Die Parteien verfügen über eine ausreichend personelle Basis und haben einen festen Wählerstamm. Daneben tragen die Parteien keinen „steifen“ Charakter, sondern besitzen auch die Fähigkeit der Erneuerung. Vor allem die erzielten Erfolge der Parteien bei den regionalen Wahlen widerlegen die These eines Niedergangs des Parteiensystems in Russland.

Zur gleichen Zeit aber können eine Reihe von den bereits umgesetzten oder den in Planung befindenden Gesetzesinitiativen der föderalen Macht die Entwicklung und die Handlungsfelder der politischen Parteien deutlich erschweren. Zu diesen Initiativen gehört auch die Verschärfung des Parteiengesetzes: die Erhöhung der Mindestmitgliederzahl einer Partei von 10.000 auf 50.000 Personen, die Möglichkeit der Durchführung von Massenkontrollen der Parteien mit Unterstützung von paramilitärischen Strukturen, die Erhöhung der bisherigen 5%-Hürde auf 7%, das Verbot der Bildung von Wahlblöcken sowohl auf föderaler als auch auf regionaler Ebene, die äußerst erschwerte Verwendung von Wählerunterschriften als Grundlage der Registrierung der Kandidaten oder der Liste (bei einer gleichzeitigen Erhöhung der Wahlkaution).

Formal gesehen sollten diese Änderungen zur Entstehung eines stabilen Parteiensystems führen. Erklärtermaßen sollte eine Verbesserung der Transparenz der Parteien und die Auflösung von kleinen, politisch marginalen Parteien erreicht werden. Betrachtet man die Maßnahmen als solche, so scheinen sie keineswegs antidemokratisch zu sein: viele von ihnen, so betonen auch immer wieder die Initiatoren der Initiativen, entstammen aus Erfahrungen der Demokratieentwicklung in anderen Staaten. Jedoch erhöhen die Maßnahmen in ihrer Komplexität die „Einstiegsbarriere“ in den Markt der politischen Konkurrenz spürbar.

Ein sehr anschauliches Beispiel stellt die Erhöhung der Wahlhürde dar. Russland ist eine der von der Bevölkerungszahl her größten Demokratien, die ein Verhältniswahlssystem haben. Bei einer 7%-Hürde – selbst wenn man die sehr geringe Wahlbeteiligung bei den letzten Parlamentswahlen 2003 berücksichtigt – kann es durchaus passieren, dass eine Partei, für die 4,25 Millionen Bürger stimmen, nicht ins Parlament einziehen kann.

Daneben sind auch die gegenwärtigen Tendenzen der staatlichen Politik für die Zukunft des russischen Parteiensystems sehr besorgniserregend.

Erstens gibt es Befürchtungen hinsichtlich der praktischen Anwendung des neuen Parteiengesetzes. Es ist unklar, inwieweit dieses Gesetz für die Opposition oder auch für die nicht völlig der regionalen oder föderalen Macht loyal gegenüberstehenden politischen Kräfte nicht diskriminierend wirken könnte. Möglich ist durchaus die Ausübung eines großen administrativen Drucks auf die Parteien im Ganzen, auf einige Parteimitglieder oder Sympathisanten. Ebenfalls auffallend ist die verbreitete Praxis bei den regionalen Wahlen, Teilnehmer von der Parteiliste zu streichen. Dies passiert vor allem bei den oppositionellen Parteien, die auch eine reale Chance haben, die Wahlhürde zu überspringen: so geschehen in Chanti-Mansijsk bei der Russischen Partei der Rentner (RPP) und der LDPR und auch im Gebiet Magadansk bei der RPP, dem Block SPS und „Jabloko“. Zur gleichen Zeit haben die Parteien, die der Macht sehr nahe stehen, keinerlei solcher Probleme.

Zweitens werden den Parteien durch die sich ständig ändernden Parteien- und Wahlgesetze wichtige Wesenszüge, wie beispielsweise Stabilität, genommen. Die „Anhebung der Barrieren“ erfolgte in den letzten Jahren in mehreren Etappen: Parteiengesetz (2001), Erhöhung der Wahlhürde (2002), das Verbot der Teilnahme von gesellschaftlichen Organisationen an den Wahlen (2003), die zweite Anhebung der Mindestmitgliederzahl einer Partei (2004), die Abschaffung von Direktmandatskreisen und das Verbot von Wahlblöcken bei den Wahlen der Duma (2005), das Verbot der Teilnahme von Wahlblöcken bei regionalen Wahlen und die Änderungen bezüglich der Parteienregistrierung und Kandidaten (bei der Überprüfung).

Die Änderungen der Gesetze erfolgten in den letzten beiden Jahren nur noch auf Initiative der Exekutive und werden aktiv von der Partei „Einiges Russland“ in der Staatsduma unterstützt. Jede Änderung wirkt wie eine Einzelmaßnahme, die jedoch in der Konsequenz den Spielraum für die Parteien, die nicht mit der Macht verbunden sind, deutlich einengen. Es gibt dabei keine Garantie, dass dieser Prozess auf „dieser Ebene endet“ und keine weiteren Verschärfungen der „Spielregeln“ folgen werden.

Drittens wird ungeachtet des 15 Jahre währenden Bestehens eines Mehrparteiensystems in Russland in den großen Parteien nach wie vor eine ganze Reihe gesellschaftlicher Interessen nicht berücksichtigt. Dabei handelt es sich teilweise um einen wichtigen demokratischen Teil des politischen Spektrums. Viele Anhänger schrecken vor der rigiden Parteidisziplin zurück, die sie an die Zeiten der KPdSU als „leitende und führende Kraft“ erinnert. So ist bis heute in Russland noch keine Partei im sozial-demokratischen Geist entstanden.

Zusammengefasst kann festgestellt werden, dass die Änderungen der Regeln zum Zugang auf den „politischen Markt“ die Defizite des russischen Parteiensystems verschärfen: eine begrenzte institutionelle Bedeutung in der Politik, inadäquate Artikulation der gesellschaftlichen Interessen und als Folge dessen ein geringes Vertrauen der Bevölkerung gegenüber den Parteien, die sich angesichts der Neuerungen des Vertretungsorgans der Macht (und folglich auch der Parteien) sich noch weiter voneinander entfernen könnten.

Wie in dem zurückliegenden Jahrzehnt werden die Parteien auch zukünftig ein untergeordnetes Element der politischen Struktur bleiben und damit von der Politik der Exekutive abhängig sein. Die Entwicklung des Parteiensystems in Russland ist in den nächsten sieben bis 15 Jahren vor allem von so genannten „höheren“ Faktoren abhängig, das heißt, insbesondere von der Entwicklung des politischen Systems im Allgemeinen.

Wegweisend für die zukünftige Entwicklung des Parteiensystems werden die Jahre 2007 und 2008 sein. Die tatsächlichen Folgen werden aber erst viel später sichtbar werden. Wenn der nachfolgende politische Zyklus von einer stärkeren Zentralisierung der Macht und damit auch einer Verstärkung des monozentristischen Regimes begleitet wird, wird die Macht von den politischen Parteien eine größere Servilität bei einem formal eingehaltenen Mehrparteiensystem fordern. Dies kann dann erreicht werden, wenn die „Einstiegsbarriere“ in den Markt der politischen Konkurrenz weiter erhöht und der Einsatz von administrativen Ressourcen bei den Wahlen weiter verstärkt wird. Das kann zum Beispiel durch einen stärker begrenzten Zugang der Parteien zu den Medien und finanziellen Mitteln erfolgen.

Wenn die Wahlkampagne 2007/2008 dieser Logik erfolgt, wird in Russland ein halbautoritäres politisches System und als Resultat ein Parteiensystem „indonesischen“ Typs entstehen. In diesem Fall trägt das Parteiensystem einen rein dekorativen Charakter in einem nichtdemokratischen Regime.

Als eine mögliche Alternative kann die „gelenkte Demokratie“ genannt werden („Demokratie nach russischer Art“). Gemeint ist damit eine gewisse „Selbstbeschränkung“ des politischen Regimes bei der Herausbildung von institutionellen und administrativen Barrieren für die Arbeit der Opposition oder auch eine langsame Transformation hin zu einem Modell mit mehr demokratischen Tendenzen. Unter diesen Voraussetzungen kann ein Parteiensystem nach „mexikanischem“ oder „italienischem“ Vorbild entstehen. Diese Entwicklung ist an zwei Begleitumstände gekoppelt. Erstens müsste bei diesen Szenarien eine politische Alternative zur handelnden/existierenden Macht bestehen bleiben. Sie hätte dabei die Möglichkeit, ihre Ideen innerhalb der Wählerschaft populistisch darzustellen und verfügt auch über einen eigenen „Wählerkern“, der sich im Fall einer Unzufriedenheit der Bevölkerung bzgl. des politischen Kurses der Macht erweitert. Die „gelenkten“ Parteien werden so zu realen Instituten, die mit der „Partei der Macht“ konkurrieren – zunächst auf Ebene der Parlamentswahlen. Selbst wenn die politische Konkurrenz, ähnlich wie in den vergangenen 10 Jahren, in ihrer Tätigkeit eingeschränkt würde (Legislative), wird dennoch das gesamte Regime offener (pluralistisch), was auch einen Einfluss auf die Institution des Präsidenten ausüben würde.

Die weiteren Perspektiven sind dann offen: von der Entstehung einer oder mehrerer Parteien, die in der Lage sind, einen Präsidentschaftskandidaten aufzustellen, der auch tatsächlich den amtierenden Kremlhausherrn herausfordern kann, bis hin zu einem Parlament, das in Opposition zum Präsidenten steht.

Einerseits stellen solche Szenarien das politische System Russlands vor eine ernsthafte Reifepfung. Andererseits nähert sich Russland – im Fall der Herausbildung eines neuen Modells bzgl. des Nebeneinanders von Kreml und Opposition – dem klassischen Demokratiemodell an. In diesem Fall würde die herrschende Partei in Opposition gehen und ihre Arbeit so fortsetzen, um schnellstmöglich wieder an die Macht zu gelangen. In Russland sind allerdings die „oppositionellen“ Perspektiven der gegenwärtigen „Partei der Macht“ weniger wahrscheinlich als beispielsweise in Mexiko – „Einiges Russland“ hat weitaus weniger historische Wurzeln und kann sich nicht an ein stabiles System flankierender Organisationen anlehnen. Daneben ist die Partei „Einiges Russland“ in sich kein einheitlicher Monolith, sondern vielmehr ein Konglomerat von Fraktionen, die die Schlüsselfragen (auch Personalfragen) auf Grundlage von Kompromissen lösen. Von daher besteht die Möglichkeit ihrer allmählichen Erosion bis hin zur Desintegration, wie beispielsweise in Italien, wo einige Gruppen der Christlich Demokratischen Partei in der ersten Hälfte der 1990er Jahre in das gegenüberstehende Lager wechselten. Ein ähnliches Potenzial gibt es im Prinzip auch bei „Einiges Russland“. Im Falle einer solchen Entwicklung könnten verschiedene Parteien mit unterschiedlicher ideologischer Orientierung existieren.

Die Herausbildung einer „klassischen Demokratie“ in Russland ist in naher Zukunft höchst unwahrscheinlich.

Der Weg hin zu einem vollwertigen, konsolidierten Parteiensystem in Russland wird sehr langwierig und schwierig sein. Die Krise des Parteiensystems, so wie es sich nach den Parlamentswahlen 2003 gezeigt hat, muss noch nicht einmal ihren Höhepunkt

erreicht haben. Die zukünftige Entwicklung des Parteiensystems in Russland ist nach wie vor offen. Im Endergebnis dessen kann letztendlich auch ein ganz neuer Typ eines Parteiensystems entstehen. Offensichtlich ist aber, dass Demokratisierung und die Entstehung eines Mehrparteiensystems sehr eng miteinander verknüpft sind.